

Fragen an Podiumsteilnehmende vom 22.03.2019 (GV PVPBL)



Dominik Straumann, Präs. SVP-Fraktion

1. Fühlen Sie sich im Baselbiet sicher?
Antwort: Ja
2. Wie nehmen Sie die Polizei BL im allgemeinen wahr? Wo sehen Sie allenfalls Handlungsbedarf?
Antwort: Gute Wahrnehmung in den Medien aber auch seit der Reorganisation vermehrt und intensiver auf der Strasse.
3. Seit Jahren ist leider festzustellen, dass der Respekt gegenüber dem Staat, dessen Behörden und Beamten immer mehr gesunken ist. Die Angriffe werden nicht nur immer häufiger, sondern auch brutaler. Der Ruf nach konsequentem Durchgreifen mit klaren, wirkungsvollen und der Tat angemessenen Strafen ist sehr stark. Unterstützen Sie solche Bestrebungen? Soll dafür z.B. der Strafrahmen in Art. 285 StGB (Gewalt und Drohung gegen Behörde und Beamte) verschärft werden durch Festsetzung einer Mindeststrafe? Sehen Sie andere Mittel, dieser Tendenz entgegen zu wirken?
Antwort: Ich unterstütze härtere Strafen und hoffe, dass die Gesellschaft wieder mehr Respekt gegenüber Personen mit öffentlichem Auftrag entgegen bringen.
4. Seit 2015 sind die Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft für die Wahrung von Ruhe und Ordnung zuständig. Sie können dazu – neben der eigenen Gemeindepolizei und der Kantonspolizei - auch private Sicherheitsdienste mit dieser Aufgabe betrauen: Wo sind Ihrer Meinung nach sinnvolle Einsatzfelder für private Sicherheitsdienste, wo sind Gefahren und Grenzen zu setzen?
Antwort: Ich bin klar der Meinung, dass das Gewaltmonopol beim Staat bleiben muss und die Aufgaben in der aktuellen Gesetzgebung gut gelöst ist.
5. Viele Polizeikorps laufen bezüglich Personalanzahl ziemlich am Limit. So auch im Kanton Basel-Landschaft. Sind Sie bereit, der Polizei mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen? Wenn nein, was muss geschehen, damit die Polizei BL für die derzeitige Aufgabenerfüllung mehr finanzielle Mittel erhält?
Antwort: Ich bin nicht der Meinung, dass zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Es ist vielmehr eine Frage, wo und wie diese eingesetzt werden (Führung, Rückwertiges oder an der Front). Diese Entscheidungen sind aber klar operativ und nicht in der Aufgabe des Landrates.
6. Sind Sie bereit, zusätzliche finanzielle Mittel für die beabsichtigte professionelle Bekämpfung der Computerkriminalität (cybercrime) - als neue, zusätzliche Aufgabe der Polizei BL - zu sprechen?
Antwort: Wir haben bereits Mittel dafür gesprochen. Das diese Art der Kriminalität zunehmend ist und von noch zentraler Wichtigkeit wird, ist unbestritten. Jedoch gerade in diesem Bereich ist eine interkantonale, nationale resp. sogar eine internationale Sichtweise sehr wichtig.
7. Viele Polizeimitarbeitende beklagen sich über die zunehmende administrative Tätigkeit und über die zunehmende Erledigung externer delegierter Aufgaben (Aufträge der Staatsanwaltschaft). Sind Sie der Meinung, dass im kantonalen Regelungsbereich

dieses «Administrations- und Delegationsmass» reduziert werden soll, damit die Polizei BL ihren Kernauftrag (Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) trotz diesen «Nebenaufgaben» genügend erfüllen kann?

Antwort: Es ist wichtig, dass eine gute und lückenlose Dokumentation in der Strafverfolgung vorhanden ist. Aber man soll nur soviel machen, wie nötig. Es braucht in meinen Augen auch ein Umdenken in der Strafverfolgung oder der Rechtsprechung. Gewisse Abläufe können in meinen Augen auch mit den bestehenden rechtlichen Grundlagen optimiert werden.

8. Bitte nehmen Sie kurz zu den folgenden Stichworten Stellung:

- Bodycams für Polizistinnen und Polizisten

Antwort: Ist eine Entscheidung der Polizeileitung resp. der Polizisten. Sollten gesetzliche Anpassungen notwendig sein, würde ich mich dafür einsetzen.

- Drohneneinsatz bei der Polizei BL

Antwort: Ein Drohneneinsatz finde ich sehr sinnvoll, jedoch sind gewisse rechtliche Fragen noch zu klären. Ein Meilenstein wird die Akzeptanz der Bevölkerung sein.

- Einbrüche im Baselbiet

Antwort: Sind erfreulicher Weise rückläufig, was in meinen Augen klar auf den massiven Einsatz der Frontpolizisten zu verdanken ist.

- Strassenpräsenz der Polizei BL

Antwort: Seit der Reorganisation deutlich besser und dürfte in meinen Augen noch mehr optimiert werden. Eine Massnahme ist die Entlastung in Administrativarbeiten, Aufstockung der Frontelemente oder eben auch durch die Schliessung von Polizeiposten.

- Polizeipostenschliessung

Antwort: Ich bin klar der Meinung, dass es ein gutes, aber zweckmässiges Netz von Polizeiposten braucht. Für mich bringen aber Polizeiposten nur subjektive Sicherheitsgefühle. Aus diesem Grund unterstütze ich weiterhin die Reduktion von Betoneinheiten in Form von Polizeiposten zu Gunsten der Verfügbarkeit auf der Strasse.

- Radarkontrollen

Antwort: Grundsätzlich sollen Radarkontrollen eine erzieherische Massnahme sein und zur Verkehrssicherheit beitragen. Somit sollten die Übertretungen resp. Vergehen rückläufig sein. Da dies sich aber monetär so nicht zeigt, hat man das Gefühl, diese werden als Geldmaschine verwendet. Damit habe ich grosse Mühe.

9. Sollen Bussen als erwartete Einnahmen budgetiert werden? Sollen Bussen als Kriterium (messbare Grösse) bei der Beurteilung in einem MitarbeiterInnen-Gespräch und somit auch neu als Grundlage für einen Leistungslohn gelten dürfen? Wenn nein, wie soll sonst die Leistung eines Polizisten/einer Polizistin gemessen werden?

Antwort: Gemäss FHG müssen sämtliche erwarteten Ein- und Ausgaben budgetiert werden. Somit auch Bussen. Diese sollten aber nicht als Leistungsindikator in MAG's oder Zielvereinbarungen sein.

10. Sind Sie bereit, für das Baselbieter Staatspersonal zusätzliche finanzielle Mittel (Abfederungsmassnahmen) für die Pensionskasse zu sprechen, um Rentenverluste zu mindern (vgl. Ablehnung mit 44 zu 43 im Landrat am 31.5.18)? Falls nein, dann auch nicht, wenn sich die finanzielle Lage des Kantons BL stabilisiert hat?

Antwort: Diese Thema hat der Landrat ausführlich diskutiert und abschliessend entschieden.